

Brief aus BÄRlin



Liebe Freundinnen und Freunde der CSU,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit meinem Newsletter „Brief aus BÄRlin“ möchte ich Sie in regelmäßigen Abständen über die aktuellen politischen Geschehnisse im Deutschen Bundestag informieren. Über Ihre Anregungen und Vorschläge freue ich mich sehr und lasse sie gerne in meine politische Arbeit einfließen.

Dorothee Baer

Ausgabe vom
9.11.2018

Gedenkstunde im Deutschen Bundestag zum 9. November

- **Gedenkstunde im Deutschen Bundestag zum 9. November**
- **Digitalisierung in Schulen**
- **Berliner Märchentage**
- **Verstärkung aus der Heimat**
- **Herbst Spezial**
- **Diese Woche im Parlament**
- **Die Gute Nachricht der Woche**
- **@DoroBaer in den Medien**

Als „Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte“ bezeichnete Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier den 9. November 1918. Dieser Tag stehe für die Geburt der Republik in Deutschland, für den Durchbruch der parlamentarischen Demokratie, sagte der Bundespräsident in der Gedenkstunde. Der 9. November 1918 habe deshalb einen „herausragenden Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes“ verdient. Steinmeier erinnerte im Beisein von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des Bundesratspräsidenten Daniel Günther an jene „widersprüchliche Revolution“ mit „Irrwegen und enttäuschten Hoffnungen“. Der Bundespräsident schlug den Bogen in die Gegenwart, in der „die liberale Demokratie wieder unter Druck gerät, in denen ihre Gegner lauter und selbstbewusster werden“. Wenn aber vor „Weimarer Verhältnissen“ gewarnt werde, wisse er das entschieden zurück, sagte Steinmeier. „So machen wir unsere Demokratie kleiner und ihre Gegner größer als sie sind! Ich wünsche mir,“ so der Bundespräsident, „dass heute, an ihrem 100. Geburtstag, möglichst viele Menschen in unserem Land dem Wert der parlamentarischen Demokratie nicht nur nachspüren – sondern, dass sie daraus die Kraft schöpfen, den Mut fassen sich in und für diese Demokratie zu engagieren“. Zuvor betonte Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble, dass das Verhältnis der Deutschen und der Revolution, lange kein inniges Verhältnis gewesen sei. 1948, 1918, und 1989 seien drei Anläufe auf dem verschlungenen Weg zur Demokratie mit sehr unterschiedlichem Ausgang gewesen, verbunden durch das Datum des 9. November. Auch dafür stehe der 9. November: „Dass der Firnis der Zivilisation dünn ist!“ Aktuelle Übergriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen zeigten, wie nötig ihr Schutz auch im 21. Jahrhundert immer noch sei. Schäuble schloss mit den Worten: „Gefährden wir Freiheit und Frieden nicht, niemals wieder – das ist die beständige Mahnung des 9. November, dieses Schicksalstages aller Deutschen.“

Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkstunde vom Nimrod Ensemble aus Berlin. Sie endete mit der Europahymne und der Nationalhymne, intoniert vom Blechbläserquintett der Universität der Künste Berlin.



Brief aus BÄRlin

Schulleiterinnen und Schulleiter auf Einladung von Staatsministerin Bär im Bundeskanzleramt zur Veranstaltung „Digitale Medien und Programmieren an (Grund-)Schulen“

„Digitalisierung kommt nicht, sie ist schon längst da und geht auch nicht mehr weg.“ Diesen Satz sagt Staatsministerin Dorothee Bär, MdB, beinahe täglich. Auf völlige Einigkeit und Zustimmung stieß sie mit diesem Satz bei einer bunt zusammengewürfelten Runde von Schulleiterinnen und Schulleitern aus ganz Deutschland, die auf Einladung der Staatsministerin diese Woche ins Bundeskanzleramt kamen. Ziel der Veranstaltung war es, das Thema Digitalisierung an allen Schulformen in den Fokus zu rücken. Die Schulleiterinnen und Schulleiter sprachen Dorothee Bär, MdB, ihren Dank für diese Veranstaltung aus, da auch hier die Zeit abläuft, um Deutschland in diesem Bereich nach vorne zu bringen. „Für den ganzen Bereich Bildung ist das Thema Digitalisierung leider auch weitgehend verschlafen worden,“ so Bär. Mit dieser Veranstaltung kamen Vertreterinnen und Vertreter aller Schulformen zusammen, die ganz unterschiedliche Level der Digitalisierung erreicht haben, dies alles immer nur aufgrund des Engagements Einzelner. Alle waren sich einig: Es braucht einen Standard, einen Leitfaden für Digitalisierung an Schulen in Deutschland. Auch im Bildungsbereich ist Digitalisierung ein Querschnittsthema und gehört in alle Fächer: Deutsch, Mathematik, Kunst, Programmieren – die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.“ Auch die Veranstaltung soll fortgesetzt und wiederholt werden. Staatsministerin Bär freute sich besonders, dass auch zwei Schulen aus ihrer Heimat vertreten waren: Frau Angelika Schmidt aus Ebelsbach und Herr Philipp Arnold aus Ebern brachten ihren Sachverstand in die Runde mit ein. Frau Schmidt ist sehr begeistert von den acht Robotern, die ihrer Schule vom Landkreis geliehen wurden, um das Programmieren an die Schule, aber vor allem ihre Schülerinnen und Schüler zu bringen. Herr Arnold rang Frau Bär gleich das Versprechen ab, sich vor Ort in Ebern den Stand der Digitalisierung an seiner Schule anzusehen, was Frau Bär gerne einlösen wird.



Brief aus BÄRLin

Dorothee Bär liest bei den
28. Berliner Märchentage ein
Märchen von Astrid Lindgren

MÄRCHENLAND – Deutsches Zentrum für Märchenkultur wurde gegründet, um das Kulturgut Märchen in das Bewusstsein der Gesellschaft einzuprägen. Es ist das einzige Zentrum seiner Art in Deutschland und versteht sich als eine Institution für das traditionsgebundene und literarische Genre der Märchen, Sagen und Geschichten. Große Begeisterung herrschte bei den Kindern einer ersten Klasse aus Berlin. Auf dem Weg zu ihrer Märchenstunde bei Staatsministerin Dorothee Bär im Bundeskanzleramt trafen die Schülerinnen und Schüler die Bundeskanzlerin. Diese fragte die Klasse, welche Märchen sie denn auswendig können. Anschließend ging es in das Büro der Staatsministerin zur Märchenstunde: „Ich habe mich riesig gefreut, als ich vom Märchenland die Anfrage bekam, im Rahmen der 28. Berliner Märchentage Kindern vorzulesen. Ich lese selbst regelmäßig meinen eigenen Kindern vor und weiß, wie wichtig diese gemeinsame Zeit, das gemeinsame Erleben einer Geschichte und das Sprechen darüber sind. Bücher gehören einfach in jeden Kinderalltag.“ Für diese Märchenstunde hatte sich die Staatsministerin ein Märchen von Astrid Lindgren ausgesucht – „Im Land der Dämmerung“. Sehr gebannt lauschten die Erstklässler dem schönen Märchen von dem Wunderland, das sich in der Dämmerung auftut. Im Anschluss hatten sie zahlreiche Fragen an Dorothee Bär, MdB: „Welches ist Dein Lieblingstier?“ – „Das Einhorn“. „Welches war Dein Lieblingsfach?“ – „Deutsch.“ „Warum bist Du hier?“ – „Sehr gute Frage,“ waren nur ein paar wenige der Fragen und Antworten. „Das war sicherlich der schönste Termin in dieser Woche. Ich liebe Vorlesen!“, so Dorothee Bär, MdB, zum Ende der Veranstaltung.



Politische Luft

im

Abgeordnetenbüro Dorothee Bär

„Es war eine aufregende und informative Woche, in der ich Frau Staatsministerin Bär sowie das Parlament von einer überzeugenden Seite kennenlernen durfte. Ich lernte für mich bis dahin unbekannte politische Prozesse, die meinen Blick auf unsere Demokratie und die Exekutive in Deutschland änderten. Ich freue mich darüber, meinen Horizont durch das Praktikum im Abgeordnetenbüro von Frau Bär erweitern zu können“, schlussfolgert Niklas Oppelt am Ende seines einwöchigen Schülerpraktikums im Berliner Politbetrieb.

Herr Oppelt nahm Teil an einer Arbeitsgruppe und Ausschusssitzung der Digitalen Agenda. Dort erlebte die Entstehung eines Gesetzes hautnah mit. Ferner schnupperte Herr Oppelt politische Luft, indem er die Stimmung vor einer Fraktionssitzung am Dienstag Nachmittag auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude kennenlernte. Während seines Praktikums begleitete Niklas Oppelt die Staatsministerin auf zahlreiche Termine, um so der Politikerin über die Schulter zu schauen. Sein persönliches Highlight der vielen Plenarsitzungen auf der Besuchertribüne war die Gedenkstunde zum 9. November des Deutschen Bundestages. „Für mich persönlich eignete sich solch ein Einblick in den Politikbetrieb allemal, um sich an die politischen Strukturen der Bundesrepublik genauer heranzutasten,“ freut sich Niklas Oppelt abschließend über seine Woche im Abgeordnetenbüro von Frau Bär.



Faktencheck – Was die Koalition erreicht hat und in den nächsten Wochen auf den Weg bringt

Die Regierungsbildung hat nach der letzten Bundestagswahl ein halbes Jahr gedauert. Nun ist die Bundesregierung seit gut sieben Monaten im Amt. In dieser Zeit hat die schwarz-rote Koalition schon manches Vorhaben auf den Weg gebracht, was den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Verbesserungen bringt und unserem Land nutzt. Vieles davon wird jetzt im Herbst sichtbar. Hier die wichtigsten Vorhaben der letzten Monate und der nächsten Wochen im Überblick:

1. Wir sorgen für mehr bezahlbaren Wohnraum:

Das Baukindergeld kann seit September bei der KfW beantragt werden. Pro Kind erhalten Eltern zehn Jahre lang 1.200 Euro, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigt (bei einem Kind; 15.000 Euro für jedes weitere Kind). Dies gilt für Neubau oder Erwerb von Bestandswohnraum im Zeitraum 1. Januar 31. Dezember 2020.

Demnächst im Plenum: Wir wollen den Anstieg der Mieten bremsen

So soll der Vermieter im Geltungsbereich der Mietpreisbremse dem Mieter über die Vormiete Auskunft erteilen, wenn er sich auf eine höhere Vormiete oder eine Modernisierung beruft und er mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete plus 10 Prozent verlangen will. In angespannten Wohnungsmärkten wird zudem die Modernisierungumlage in Form einer Mieterhöhung von 11 auf 8 Prozent pro Jahr gesenkt. (Die erste Lesung im Bundestag war am 19. Oktober 2018.)

Demnächst im Plenum: Wir erhöhen steuerliche Anreize für den Neubau von Mietwohnungen

Indem wir eine Sonderabschreibung für den Zeitraum vom 1. September 2018 bis zum 31. Dezember 2021 beantragte Bauvorhaben einführen. (Sonder-AfA, die erste Lesung im Bundestag war am 19. Oktober 2018.)

2. Wir sorgen für einen starken Staat und garantieren innere Sicherheit:

Wir stärken mit dem Haushalt 2018 den starken Staat, indem wir mehr Stellen bei den Sicherheitskräften schaffen : 3.600 zusätzliche Stellen insgesamt für Bundespolizei und Bundeskriminalamt, 1.400 Stellen für den Zoll. Dazu kommen 1.650 Stellen und fast 4.500 Entfristungen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (Gesetz in Kraft)

Mit der „Eine-für-alle-Klage“ wird die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher verbessert. Bestimmte Verbände können ab dem 1. November 2018 im Namen von Verbrauchern einen Schaden gerichtlich feststellen lassen oder einen Vergleich abschließen. (Musterfeststellungsklage, Gesetz in Kraft)

3. Wir verbessern Pflege und Gesundheitsversorgung:

Wir haben die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe verabschiedet, um die Ausbildung ab dem Jahr 2020 zu reformieren. Die bisher getrennten Ausbildungen für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege werden zu einer Pflegeausbildung zusammengeführt. Das Schulgeld, das Azubis in einigen Ländern heute noch zahlen, wird abgeschafft, stattdessen wird künftig eine Ausbildungsvergütung bezahlt. (Verordnung erlassen)

Demnächst im Plenum: Wir sorgen für etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen und erleichtern die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken

Jede neue Pflegestelle am Krankenhausbett wird von den Krankenkassen voll refinanziert, sodass die Personalausstattung verbessert wird. (Pflegepersonal-StärkungsG, geplante Verabschiedung im Bundestag am 9. November 2018)

4. Wir stärken die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt:

Demnächst im Plenum: Wir haben ein Rentenpaket geschnürt

Darin erhöhen wir die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind. Zudem schaffen wir Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Geringverdiener werden bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet. Inkrafttreten ist geplant für den 1. Januar 2019. (Geplante Verabschiedung im Bundestag am 8. November 2018)

Neben dem bestehenden Anspruch auf zeitlich unbegrenzte Teilzeitarbeit führen wir einen allgemeinen gesetzlichen **Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit (Brückenteilzeit)** neu ein für Unternehmen ab 46 Mitarbeiter. Für Unternehmen mit 46 bis 200 Mitarbeitern ist die Zahl der Mitarbeiter, denen sie Brückenteilzeit gewähren müssen, begrenzt. Der neue Anspruch ist – ebenso wie im Fall der zeitlich unbegrenzten Teilzeit – nicht an das Vorliegen bestimmter Gründe wie Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen gebunden. (Im Bundestag beschlossen, Bundesrat folgt)

5. Wir sorgen für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft:

Demnächst im Plenum: Wir senken zum 1. Januar 2019 den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte ab

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Beiträge zur Pflegeversicherung im gleichen Umfang steigen werden, da die Verbesserungen im Pflegebereich Geld kosten. Des Weiteren können Beschäftigte, die vom Strukturwandel durch die Digitalisierung betroffen sind, bei der Weiterbildung besser gefördert werden. Die Weiterbildungsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit wird gestärkt. Für Arbeitnehmer, die häufig nur Beschäftigungen mit kurzer Dauer ausüben, wird der Zugang zum Anspruch auf Arbeitslosengeld erleichtert. (Geplante Verabschiedung im Bundestag Ende November 2018)

Wir sorgen für Wettbewerbsgleichheit im Internethandel, indem für Umsatzsteuerausfälle Plattformbetreiber haften sollen. (Geplante Verabschiedung im Bundestag am 8. November 2018)

6. Wir sorgen für Familien und Kinder:

Demnächst im Plenum: Wir setzen unsere Politik des Kita-Ausbaus mit dem Gute-Kita-Gesetz fort

In den letzten 10 Jahren hat der Bund rund 11 Milliarden Euro in Kitas und deren Betrieb investiert. Bis 2022 nehmen wir weitere 5,5 Milliarden Euro dafür in die Hand. Unsere Botschaft lautet:

Wir investieren in die Qualität der Kitas. Für Familien, die Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, sollen außerdem die Elternbeiträge entfallen. Zudem sorgen wir mit dem Baukindergeld und der Erhöhung des Kindergeldes für Familien und Kinder. (Die erste im Bundestag war am 18. Oktober 2018)

7. Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger und sorgen für solide Finanzen:

Mit dem im Sommer 2018 verabschiedeten Bundeshaushalt setzen wir die Politik der schwarzen Null fort und investieren gleichzeitig in die Zukunft. Wir haben die Investitionen im Jahr 2018 gegenüber 2017 um 5,8 Milliarden auf insgesamt 39,8 Milliarden Euro erhöht. (Gesetz in Kraft)

Wir schaffen Beitragsentlastung für die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner. Wir kehren zur paritätischen Beitragsfinanzierung (der Beitrag wird zu gleichen Anteilen vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen) zurück und führen die paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags ab dem 1. Januar 2019 ein. Die Mindestbeitragsbemessungsgrenze für hauptberuflich Kleinselbständige wird halbiert auf 171 Euro. Insgesamt bringt das Gesetz eine Entlastung in Höhe von 8 Milliarden Euro pro Jahr. Ehemalige Soldaten auf Zeit erhalten zudem Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung. (Im Bundestag beschlossen, Bundesrat folgt)

Demnächst im Plenum: Wir erhöhen das Kindergeld um 10 Euro ab 1. Juli 2019 sowie den Kinderfreibetrag um 192 Euro ab 1. Januar 2019. Wir heben den steuerlichen Grundfreibetrag an und bauen die kalte Progression ab. Dieses Paket entlastet die Steuerzahler und dabei insbesondere Familien bis 2022 um insgesamt mindestens 35 Milliarden Euro. (Familientlastungsgesetz, geplante Verabschiedung im Bundestag am 8. November 2018)

8. Wir modernisieren unsere Infrastruktur:

Der Gesellschaftervertrag zur Gründung der Autobahngesellschaft ist unterzeichnet. Damit ist der erste Schritt getan zur Übernahme von Planung, Bau, Betrieb, Erhalt und Finanzierung der knapp 13 000 Kilometer langen Autobahnen durch den Bund ab 2021. Damit wollen wir unser gutes Autobahnnetz effizienter ausbauen und erhalten.

Demnächst im Plenum: Wir haben den Fonds „Digitale Infrastruktur“ eingerichtet, der zu 70 Prozent in den Gigabit-Netzausbau fließt und zu 30 Prozent als Finanzhilfen an die Länder für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Schulen. (Haushaltsgesetz 2018 und Digitalfondsgesetz, die erste Lesung im Bundestag war am 11. Oktober 2018.)

Demnächst im Plenum: Bei der Verkehrsinfrastruktur erleichtern wir die Planung, um die Rekordmittel schneller investieren zu können. Alle Planungsunterlagen sind künftig im Internet zu veröffentlichen, das erleichtert die Bürgerbeteiligung. Bei der Schiene wird die bereits bestehende Liste der Vorhaben, für die das Bundesverwaltungsgericht einzige Gerichtsinstanz ist, fortgeschrieben. (Planungsbeschleunigungsgesetz, geplante Verabschiedung im Bundestag am 8. November 2018)

9. Wir steuern und begrenzen Zuwanderung:

Wir haben den Anspruch auf Familiennachzug für vorübergehend anerkannte Asylbewerber (subsidiär Schutzberechtigte) abgeschafft und lassen aus humanitären Gründen nur ein kleines Kontingent von bis 1.000 nachziehenden Familienangehörigen pro Monat zu. (Gesetz in Kraft)

Demnächst im Plenum: Wir verpflichten anerkannte Asylbewerber zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren

Das bisherige Fehlen einer solchen Pflicht hat sich insbesondere bei im schriftlichen Verfahren erteilten Anerkennungen als problematisch erwiesen. (Änderung Asylgesetz, geplante Verabschiedung im Bundestag am 8. November 2018)



Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz)

Das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals, das in zweiter und dritter Lesung vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, sieht zahlreiche Neuregelungen vor, um die Pflegekräfte in der Kranken- und Altenpflege zu entlasten. So sollen etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen im Bereich der Altenpflege geschaffen werden. Die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken wird erleichtert. Zudem wird der Krankenhausstrukturfonds ausgebaut. Dafür steht ab dem Jahr 2019 ein Finanzvolumen von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr bis einschließlich 2022 bereit. Damit können z.B. Krankenhausumbauten aber auch Investitionen in die IT-Ausstattung finanziert werden.

Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Brexit-Übergangsgesetz – BrexitÜG)

Der Deutsche Bundestag berät in erster Lesung über einen Gesetzentwurf, nach dem Bestimmungen im Bundesrecht, welche auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder in der Europäischen Atomgemeinschaft Bezug nehmen, während des Übergangszeitraums bis zum 31. Dezember 2020 so zu verstehen sind, dass weiterhin auch das Vereinigte Königreich erfasst ist. Zudem soll eine Regelung zugunsten von britischen und von deutschen Staatsangehörigen getroffen werden, die vor Ablauf des Übergangszeitraums in Deutschland bzw. im Vereinigten Königreich einen Antrag auf Einbürgerung stellen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Regierungskoalition hat die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu einer ihrer zentralen Aufgaben für diese Legislaturperiode gemacht und nutzt ein neues, im Koalitionsvertrag vereinbartes Mittel erstmalig, um das deutlich zu machen. In der Orientierungsdebatte am Mittwoch griff der Deutsche Bundestag unter anderem Fragen einer gerechten Verteilung von Ressourcen oder Teilhabemöglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Wohnort auf. Strukturschwächen in ländlichen Räumen, Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern sollen wirkungsvoll bekämpft und die Kommunen beim demografischen Wandel unterstützt werden. Zur Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen bis Herbst 2020 hat die Bundesregierung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt, die im September ihre Arbeit aufgenommen hat.

Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich

In zweiter und dritter Lesung ermöglicht der Deutsche Bundestag eine Erleichterung bei der Planung und Genehmigung von Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur, damit vorgesehene Mittel schneller investiert werden können. Verschiedene Maßnahmen sollen hierfür genutzt werden können, etwa die Veröffentlichung der Planungsunterlagen im Internet zur Erleichterung der Bürgerbeteiligung. Im Bereich der Schiene werden Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren bei einer Stelle, dem Eisenbahn-Bundesamt, gebündelt. Darüber hinaus wird die Liste von Schienenvorhaben fortgeschrieben, für die das Bundesverwaltungsgericht einzige Instanz ist. Die Klagebegründungsfrist wird vereinheitlicht. Nicht zuletzt soll die neu eingeführte Möglichkeit zur Erteilung einer vorläufigen Anordnung dazu beitragen, dass Vorhabenträger unter bestimmten Voraussetzungen bereits vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses mit vorbereitenden Maßnahmen beginnen können.

Siemensstadt 2.0

Die Siemens AG plant in den kommenden Jahren bis zu 600 Millionen Euro in eine neue Arbeits- und Lebenswelt auf dem historischen Siemens-Gelände in Berlin zu investieren. Ziel ist es, in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft Schlüsseltechnologien und Innovationsfelder zu stärken. Siemens plant, im Rahmen seines Konzepts „Siemens-stadt 2.0“ die digitalisierte Industrie auch im sozio-ökonomischen Umfeld zu gestalten. Im Einzelnen sollen Anwendungsfelder wie dezentrale Energiesysteme und Energiemanagement, Elektromobilität, Industrie 4.0, künstliche Intelligenz, Data Analytics oder Blockchain angesiedelt werden.

(Quelle: Presseerklärung Siemens vom 31.10.2018)





dorobaer • Abonniert
Bundeskanzleramt (Berlin)

dorobaer Europa geht uns alle an. Unsere Zukunft. Unsere Hoffnung. Unser Frieden. Freue mich sehr, dass ich als Schirmherrin das großartige Projekt der Künstlerin @miafiorentineweiss #ahandfulofeuropa unterstützen darf. Details kommen asap. Hoffe dann sehr auf Euer aller Unterstützung. Übrigens habe ich gestern die App been ausprobiert und festgestellt, dass ich bereits 66% von Europa habe bereisen dürfen. (Danke, Eltern!) 🇪🇺🇪🇺🇪🇺🇪🇺🇪🇺 Passend zum Thema wurde heute @Manfred.weber unser Spitzenkandidat für die Europawahl im Mai nächsten Jahres. So wird Europa bürgernäher. Grüße von einer glühenden Europäerin. Eure Dorothee 🇪🇺🇪🇺🇪🇺🇪🇺🇪🇺
#europa #europa #zukunft #future

@DoroBaer in den Medien

Dorothee Bär hat retweetet
Marc Biadacz MdB @MbiadaczMdB · 2 Std.
Die AG Digitale #Agenda der @cdacusubt zu Gast im #Kanzleramt: Gemeinsam mit @dorobaer haben wir uns über die #Digitalstrategie der Bundesregierung unterhalten und wie wir schneller in die Umsetzung kommen.



Dorothee Bär
22 hrs · 🌐
Herzlichen Glückwunsch, lieber Manfred Weber! Freue mich sehr, dass Du unser Spitzenkandidat für Europa bist 🇪🇺 #Europa2019

Dorothee Bär hat retweetet
Alexander Rabe @_AlexanderRabe_ · 8. Nov.
Nochmal ein herzliches Dankeschön an @DoroBaer Bär, Staatsministerin für Digitalisierung, für die inspirierenden Abschlussworte und Perspektiven für mehr Diversity der Arbeitswelt und digitale Bildung im Rahmen unseres ersten #NewWorkCheck des @eco_de



Dorothee Bär @DoroBaer · 12 Std.
Jetzt geht's los. Wichtigster Tagesordnungspunkt des Tages! #esport



dorobaer • Abonniert
Bundeskanzleramt

dorobaer Normalerweise bin ich kein großer Fan von Photoshootings. Heute hatte ich aber einen wirklich lustigen und netten (nett ist ein positives Wort!) Photographen. Den @chudowski 📷 Bin sehr auf das Ergebnis gespannt. Wie sehr er sich - auch körperlich - reingeschmissen hat, sehr Ihr in meiner Story... #photo #photography #photograph #shooting #politikentauchüberbilder #kanzleramt #reichstag



dorobaer • Abonniert
Munich, Germany

dorobaer Heute wurde mal wieder ein Jugendtraum war. Durfte ein paar Stunden Karia Kolumna sein. Die rasende Reporterin. Als Kind meine Heldin. Genauer gesagt war ich Chefredakteurin der @huffpostde und hatte viel Spaß bei meinen Interviews, der Redaktionskonferenz sowie mit @chernojobatey 📺 Jetzt wieder back to business in Berlin. Wünsche Euch einen schönen Abend. Was auch immer Ihr vorhabt... #chefredakteurin #huffingtonpost #münchen #minga #kariakolumna

Folgen Sie mir auf

@DoroBaer
DorotheeBaerMdB

oder schreiben Sie mir eine E-Mail
dorothee.baer@bundestag.de

...am liebsten ist mir aber der direkte (Augen-)Kontakt mit Ihnen!

- Bildnachweis:**
S.1 oben Tobias Koch
S.1 u.l. Deutscher Bundestag
S.2 Dorothee Bär
S.3 Dorothee Bär
S.8 Dorothee Bär